Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.90 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger und Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 24 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 29. Januar 1935

Die beiden Jahre.

NSK. 1933 war das Jahr der Revolution. Zwei Jahre voller Arbeit liegen hinter uns. Aufräumungsarbeiten kennzeichnen das erste halbe Jahr des neuen Regiments. Die Parteien lösen sich auf und die NSDAP. kann am 8. Juli 1933 ihren Totalitätsanspruch als verwirklicht ansehen. Bekannten sich am 5. März 1933 nur 17 Millionen zur Bewegung, so waren es am 12. November 1933 schon 40 Millionen, und die Abstimmung des 19. August 1934 zeigte, daß das gesamte Volk hinter dem Führer steht.

Arbeit kennzeichnet die beiden Jahre. Am 14. September 1933 eröffnet der Führer den Bau der Reichsautobahnen, die nun das ganze Reich überziehen und Symbol des Aufbaues sind. Der von allen Seiten tatkräftig unterstützte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vermindert die 1933 noch vorhandenen 6,3 Millionen Arbeitslosen auf 2,3 Millionen. Hand in Hand damit geht der Kampf gegen Hunger und Kälte, zu dem der Führer und Dr. Goebbels am 14. September 1933 aufriefen. 1933/34 wurden über 380 Millionen Mark für die bedürftigen Volksgenossen aufgebracht. Die Arbeit der NS.-Volkswohlfahrt im Winter 1934/35 wird erreichen, daß diese Summe noch überschritten wird.

Zahlreiche Gesetze sind erlassen worden, den einzelnen Maßnahmen der Regierung die rechtlichen Unterlagen zu geben. Wesentlich ist hierbei das am 1. Dezember 1933 verkündete Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat. Die Reichsreform wird ebenso angepackt. Seit dem 6. Februar 1934 tritt an die Stelle der Staatsangehörigkeit die Reichsangehörigkeit, der Reichsrat wird aufgelöst, die Länderregierungen verschwinden, und als Abschluß der ersten großen Etappe werden das preußische und das Reichsinnenministerium zusammengelegt.

Durch den Tod des Generalfeldmarschalls von Hindenburg am 2. August 1934 gehen die Funktionen des Reichspräsidenten auf den Kanzler des Volkes über. Adolf Hitler wird der alleinige Führer des deutschen Volkes. Der preußische Ministerpräsident Hermann Göring wird am 29. April 1933 zum Reichsluftfahrtminister ernannt, und er sorgt auf seinem Gebiet für die Erfüllung der realen Notwendigkeiten. Am gleichen Tage wurde Rudolf Heß vom Führer zu seinem Stellvertreter ernannt.

Während die Jugendlichen beiderlei Geschlechts bis zu 18 Jahren von der Hitler-Jugend unter Baldur von Schirach, den der Führer am 18. Juni 1933 zum Reichsjugendführer berief, zu Nationalsozialisten erzogen werden — Reichsjugendberufswettkampf und Staatsjugendtag kennzeichnen die Arbeit —, werden die Jugendlichen über 18 Jahre in dem von Oberst Hierl aufgebauten Arbeitsdienst erfaßt, der auf dem Reichsparteitag im September 1934 zum erstenmal als eine geschlossene Formation aufmarschieren konnte. In der SA. und SS. werden die politischen Soldaten der Bewegung erzogen, und der Chef des Stabes, Lutze, hat durch seine Arbeit bewiesen, daß der 30. Juni 1934, an dem der Führer das Standgericht über die Hochverräter der Röhm-Revolte verhängte, die Kampfformationen der NSDAP. nicht erschüttern konnte. Am 20. Februar 1934 verlieh der Führer das Hoheitszeichen der Bewegung an die Wehrmacht, die einziger Waffenträger der Nation ist. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften aufgelöst und Dr. Ley gründete die Deutsche Arbeitsfront, die am 22. November 1933 endgültig zu der Organisation der deutschen schaffenden Menschen umgebaut wurde. Die in dieser Untergliederung der Partei geleistete Arbeit hat die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorhandenen Gegensätze immer mehr verschwinden lassen. Die NSG. „Kraft durch Freude" hat durch ihre kulturellen Veranstaltungen, durch ihre Reisen und Fahrten usw. dazu beigetragen, daß die Freizeit des deutschen Arbeiters sinnvoll ausgestaltet wurde. Am 25. Februar 1934 vereidigte der Stellvertreter des Führers eine Million Politischer Leiter auf Adolf Hitler, und der Kongreß der Führer des Staates und der Partei im Januar 1935 in Berlin bewies, daß das ganze deutsche Volk geschlossen hinter seinem Führer steht.

Während um uns in den anderen Ländern eine Revolution die andere ablöste, Attentate die Welt erschütterten, Regierungen kamen und gingen, wird in Deutschland, das am 14. Oktober 1933 seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärte, weiter gearbeitet, innen- und außenpolitisch Erfolge erzielt. Am 26. Januar 1934 wurde mit unserem Nachbarstaat Polen ein Zehn-Jahres-Vertrag abgeschlossen, der als größter außenpolitischer Erfolg der nationalsozialistischen Regierung verzeichnet werden kann. Das überwältigende Abstimmungsergebnis der Saar, die sich am 13. Januar 1935 nach einer 15jährigen Wartezeit restlos zu Deutschland bekannte, ist das Fanal, das in das Jahr 1935 hineinleuchtet. Der Führer hat unserem westlichen Nachbar, Frankreich, wiederum seinen Friedenswillen bewiesen, indem er erklärte, daß Deutschland nunmehr keine territorialen Ansprüche mehr an Frankreich zu stellen habe.

Hart und entschlossen, zugleich diszipliniert, wird das deutsche Volk in das dritte Jahr des Aufbaues gehen.

Der Notschrei der Betrogenen.

Einreisebeschränkung nach Frankreich für Saaremigranten.

Nach soeben festgelegten Bestimmungen werden nunmehr nur noch folgende Gruppen von Saaremigranten zur Einreise nach Frankreich zugelassen:

1. Personen, die Verwandte, Eltern oder Geschwister in Frankreich besitzen;
2. Personen, die über genügende Mittel verfügen, um längere Zeit auf eigene Kosten leben zu können;
3. Angestellte, die in französischen Unternehmungen, vor allem in den Grubenbetrieben, beschäftigt waren;
4. Personen, die nachweislich gefährdet sind,
5. Personen, die den Antrag auf Naturalisation in Frankreich gestellt haben und hierfür die Bescheinigung des Konsulats beibringen können;
6. Eltern, deren Kinder die französische Schule im Saargebiet besucht haben;
7. frühere Fremdenlegionäre.

Viele Separatisten und Emigranten, die in den letzten Tagen und Wochen voreilig das Saargebiet verlassen haben, haben ihren Entschluß inzwischen schon bitter bereuen müssen. Teilweise kehren sie jetzt bereits ins Saargebiet zurück. So wird aus verschiedenen Orten des Saargebiets gemeldet, daß Statusquoler enttäuscht wieder in ihre alte Heimat zurückkommen, weil sie mittlerweile auch einsehen gelernt haben, daß ihnen hier nichts passiert, während in Frankreich für sie nichts zu holen ist.

Bezeichnend für die Stimmung unter den Arbeiteremigranten ist ein Brief, den einige verführte Anhänger des Separatismus an die „Forbacher Bürgerzeitung" gerichtet haben: „Wir stehen vor der Tatsache, die wir bisher nicht glauben wollten, wenn uns von Kritikern warnend zugerufen wurde, daß ein politischer Hochstapler

uns jahrelang betrogen

und uns nun in unserer Not verlassen hat. Unser Exführer Matz Braun und sein Bruder sind so ziemlich als erste in ihren Luxuslimousinen nach Frankreich geflitzt, wo sie nun durch die Gegend sausen, während wir durch die Straßen irren und nicht wissen, was aus uns werden wird. Wenn sich die Herren Führer Matz Braun und Konsorten wenigstens einmal bei ihren Opfern sehen ließen und ihnen paar freundliche Worte sagten! Aber nein, man sitzt in seiner Villenwohnung oder meist im besten Hotel Forbachs, während Frauen und Kinder durch solche Auchpolitiker ins Verderben gestoßen sind. Zahlreiche in das Saargebiet zurückgekehrte Emigranten schreiben uns von dort, daß die Stimmung gegen Matz Braun auch dort ganz umgeschlagen ist und man allgemein von Sozialdemokraten

die schärfste Kritik

an seinem Wohlleben im nahen Forbach hört, während seine armen Parteigenossen nichts zu essen haben. Dasselbe trifft auch auf den Kommunisten Fritz Pfordt zu. Auch er ist als einer der ersten geflohen, und man sieht ihm nicht an, daß er Not leidet. Auch unsere sozialistischen Kameraden in Forbach sollten diesem Braun-Skandal ein Ende machen. Man fragt sich übrigens bei uns Emigranten, woher die Herr— das viele Geld haben, Autos mit Chauffeuren und entsprechende Damen unterhalten zu können. Hat sich etwa der Saarkampf für sie gelohnt? Wir armen Kämpfer haben nur Verluste."

Für eine entmilitarisierte Zone beiderseits der Grenze.

Vorschlag eines englischen Generals.

„Daily Telegraph" veröffentlicht einen Aufsatz des konservativen Unterhausmitgliedes Brigadegeneral Spears über die Möglichkeit der Errichtung einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze. Der Verfasser vertritt bei seiner eigenen Stellungnahme hierzu den gesunden Standpunkt, daß es ein ernster Fehler sei, Frankreichs Sicherheit auf Bestimmungen zu gründen, die

eine Einschränkung der Rechte Deutschlands

im eigenen Lande bedeuteten. Er verweist auf die guten Erfahrungen, die Norwegen und Schweden seit 1905, die Vereinigten Staaten und Kanada sogar schon seit 1818 mit der endgültigen Einrichtung entmilitarisierter Zonen beiderseits der gemeinsamen Grenze gemacht haben.

Der Verfasser regt dann an, daß in einer entmilitarisierten französischen und deutschen Grenzzone ständig eine kleine internationale Polizeimacht unterhalten werden sollte. Er verweist darauf, daß die jetzige Rheinlandzone Frankreich bekanntlich nicht das Gefühl der Sicherheit gegeben habe. Frankreich bereite sich sogar auf

Verlängerung der Dienstpflicht auf zwei Jahre

vor. Bei der großen strategischen Bedeutung von Metz und Straßburg könnte natürlich eine entmilitarisierte Zone auf jeder Seite der Grenze keine größere Breite als 10 Kilometer haben. Aber die Hauptsache sei, daß der Grundsatz angenommen werde, und daß das französische ebenso wie das deutsche Gebiet die gleiche Behandlung erfahre.

Locarnovertrag „mit Zähnen"?

Englische Stimmen zum Besuch der französischen Minister.

In London glaubt man, daß die englische Regierung den französischen Ministern bei ihrem Besuch solche Sicherheitsgarantien geben wird, daß Frankreich seine Haltung gegenüber einer Rüstungsangleichung Deutschlands revidieren kann.

Den interessantesten Kommentar zu dem französischen Besuch macht diesmal der im allgemeinen recht gut unterrichtete diplomatische Berichterstatter der „News Chronicle", Sermon Bartlett. Er schreibt: „Die Besprechungen zwischen den britischen Ministern und den Herren Flandin und Laval am Freitag und Sonnabend dieser Woche werden wahrscheinlich das Zeichen eines

sehr bedeutenden Wechsels in der britischen Außenpolitik

sein. Wenn der französische Premierminister und der Außenminister am Sonnabend nach Hause kommen, werden sie nicht mit leeren Händen zurückkehren. Ich habe Grund, zu glauben, daß die britische Regierung sich bereitfinden wird,

internationale Verpflichtungen zu übernehmen,

die bestimmter sind als zu jeder anderen Zeit seit der Herausgabe des Genfer Protokolls vom Jahre 1924." Bartlett will dem Locarnovertrag

„Zähne einsetzen"

und glaubt, daß bei den Verhandlungen sogar eine Zusammenarbeit von Luftstreitkräften zur Garantierung des Friedens am Rhein besprochen würde.

*

Weniger zuversichtlich äußert sich der Pariser Vertreter der „Times". In einem Artikel zu dem bevorstehenden Ministerbesuch betont er, daß England keine neuen Bindungen auf dem Festland übernehmen würde. Die Politik der britischen Regierung sei in Paris nicht ganz richtig verstanden worden. Die Bemühungen der britischen Regierung, den französischen Anspruch auf Sicherheitsbürgschaften angemessen zu berücksichtigen, scheine von einigen französischen Beobachtern dahin ausgelegt zu werden, daß es sich um die ersten Anzeichen einer neuen Bereitwilligkeit handele, weitere Verantwortlichkeiten auf dem Festlande zu übernehmen. Es sei zu befürchten, daß die französischen Hoffnungen enttäuscht werden würden.

Lord Allen über das Deutschland Hitlers.

Und über die Notwendigkeit der Gleichberechtigung.

Der Sondervertreter des Londoner „Daily Telegraph" berichtet über eine Unterredung, die er mit Lord Allen of Hurtwood nach dessen Rückkehr aus Berlin hatte. Dem Bericht zufolge faßt Lord Allen den Gesamteindruck seiner Besprechungen folgendermaßen zusammen:

„Wenn wir Deutschland beim Wort nehmen und ihm die Stellung eines gleichberechtigten souveränen Staates wieder zuerkennen würden, — und zwar in einem Augenblick, wo infolge seines Mangels an Rüstungen keine Gefahr darin liegt, seinen Worten Glauben zu schenken — dann würde Deutschland seine Rolle bei der internationalen Zusammenarbeit wieder aufnehmen.

In einigen Jahren wird es zu spät sein."

Lord Allen, der übrigens den nichtamtlichen Charakter seines Besuches in Deutschland hervorhob, gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß Reichskanzler Hitlers Stellung in Deutschland gegenwärtig unangreifbar sei. Der Kanzler sei von überwältigender Aufrichtigkeit. Deutschland sei heute tief erregt und erbittert, daß es die einzige Nation ersten Ranges sei, die eine andere Behandlung als andere Länder erfahre.

Deutschland könne auch nicht begreifen, warum es im Jahre 1935, wo es keine Waffen besitze, von feindseligen Bündnissen umgeben werde, ganz wie dies 1914 der Fall gewesen sei, als es schwer bewaffnet gewesen sei.

„Ich glaube nicht", erklärte Lord Allen, „daß Deutschland jemals wieder wie in den letzten Jahren

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF